

Internetzensur – Wie soll denn das gehen?

Das war die erste Frage, die sich mir stellte, als das Thema irgendwann virulent wurde.* Es ist klar, daß bestimmte politische Kräfte ein Interesse daran haben könnten, die Meinungsfreiheit einzuschränken. Ein zweiter und dritter Blick zeigte demzufolge, wohin der Weg in Wirklichkeit gehen soll. Es geht gar nicht um das Internet. Diese Kreise, davon darf man getrost ausgehen, halten Facebook und Twitter für „das Internet“.

Um also selber erst einmal Klarheit zu bekommen, müssen wir Begriffen klären. *Das Internet an sich*, es ist nach den Worten unserer allseits geliebten Kanzlerin Neuland für uns alle. Schon das allein zeigt, wie sehr wir in einer Kultur der Ängstlichkeit und der Ungleichzeitigkeiten leben. Neuland! Sowas betreten allenfalls Abenteurer, Westmänner wie Old Shatterhand treffen dort auf edle Indianer wie Winnetou und bekämpfen scheußliche Schurken wie Santer. Ordentliche Leute halten sich davon fern. Einzige Ausnahme: sie wollen etwas kaufen, dann gehen sie zu Amazon. Aber das ist ja auch nicht Internet.

Man ahnt, worum es gehen könnte. Es geht tatsächlich nicht um das Internet an sich. Es geht *um die sozialen Medien*. Wir müssen also erst einmal die Frage klären, was das Internet ist, was Soziale Medien sind und welche Relevanz sie haben, bevor wir uns mit der Frage der Zensur überhaupt befassen können.

Das Internet – technische Beschreibung für Nichttechniker

Das Internet ist eine Verbindung von Computern weltweit. Die Interaktion dieser Computer geschieht mit Hilfe von Programmen. Man spricht dabei auch von Protokollen. Diese Protokolle bestimmen, wie und in welcher Weise Datenpakete von einem Computer zu einem anderen verschoben werden. Egal was wir im Internet aufrufen, ob es Texte, Bilder, Audios oder Videos sind, es sind alles Daten. Alles wird in digitaler Form durch Impulse mit den Wert „0“ oder „1“ übermittelt. Diese Protokolle, die die unendlich große Zahl an Nullen und Einsen lenken, sind keine Geheimsache. Das IP – Internetprotokoll und das TCP = *Transmission controll protocol* sind öffentlich und jeder, der etwas davon versteht, kann einen Internetserver aufbauen. Eine Leitung zum internationalen Datennetz braucht es noch, das geht zur Not auch direkt über Satellit und schon hat man „das Internet“. Man kann Daten ins weltweite Netz einspeisen. Das ist grob vereinfacht, reicht aber, um eine grundsätzliche Vorstellung zu bekommen. Technische Details würden hier den Rahmen sprengen. Das Ganze ist keine große Sache und man möchte den Minister sehen, der es einem technisch versierten Menschen verunmöglichen könnte, sich mit dem internationalen Datennetz zu verbinden. Erschweren kann er es durchaus. Am Ende wird es ein Hase- und Igel-Spiel sein. Wenn der Bundesjustizminister meint, meinen Blog abschalten

zu müssen, kann er das tun, ein Anruf beim Provider mit einer richterlichen Verfügung - und schon ist die Seite weg. Das geht allerdings nur, wenn die Seite in Deutschland gehostet wird. D.h. wenn der Computer des Internetproviders in Deutschland steht.

Geht ein Anbieter – z.B. ein Blogger – auf eine Pazifikinsel und mietet dort einen Server, reserviert eine neue Domain, die auch anonymisiert werden kann, wird man ihn nicht so leicht wieder los. Die Inhalte hat ein Profi ohnehin jederzeit gespiegelt, d.h. gesichert. Diese können jederzeit (wieder) hochgeladen werden. Die Internetseite ist auf diese Weise erst einmal nicht zu zensieren.

Auch dagegen haben Regierungen noch Möglichkeiten, es gibt z.B. die IP-Sperre. Die umgeht man mit einem Proxy. Man könnte das noch weiter treiben. Am Ende landet man im sog. Darkinternet. Doch soweit braucht man gar nicht zu gehen. Es ist kaum möglich, Inhalte wirklich und dauerhaft aus dem Netz zu verbannen. Das ist der Kern des Ganzen: Informationen, die jemand im Netz unbedingt zur Verfügung stellen möchte, sind nicht auf Dauer und nicht nachhaltig zensierbar.

Allerdings mache man sich keine Illusionen, wenn ein Blog oder eine Internetseite irgendwo im Darknet versteckt ist, wird sie wohl kaum jemand finden können. Der Zweck der Publikation und Information ist dann nur noch für Insider erfüllt.

Soziale Medien

Das wirft die alte Frage neu auf, wie man Inhalte im Internet auffindbar macht. Suchmaschinen waren ein großer Fortschritt. Die selektive und bewertende Anzeige der Suchergebnisse von Google wurde von Anfang an kritisch bewertet. Einerseits schafft es Google tatsächlich, die relevantesten Ergebnisse weit oben anzuzeigen. Auf der anderen Seite, das haben Vereinbarungen mit China gezeigt, hat Google die Macht, Internetseiten in Vergessenheit geraten zu lassen, indem sie in Suchergebnissen nicht angezeigt werden.

Die sozialen Medien unserer Tage ermöglichen zudem auch technisch nicht versierten Nutzern den Weg ins Internet. Sie ebnen Wege, die noch vor zehn Jahren undenkbar erschienen.

Doch zunächst ein Blick zu den Anfängen. Als wir in den frühen 90er Jahren mit dem Internet anfangen, war dies schon ein Fortschritt, sich nicht erst in eine Mailbox einwählen zu müssen, den Computer per Akustikkoppler mit dem Gegenüber zu verbinden, Daten rauf- und runterzuladen, die Verbindung schnell zu beenden und erst dann die Daten auszuwerten. Das war wirklich Neuland und ein Abenteuer.

Im Jahr 1993 begann das WWW, das World Wide Web. Die html-Sprache wurde erfunden und eine neue Sorte Programm, die Webbrowser, machten es möglich, durchs Internet zu surfen. Der Begriff „surfen“ war dabei durchaus ein Euphemismus. Suchmaschinen gab es nämlich nicht. Linklisten waren der bestgehütete Schatz eines jeden Nutzers. Und man brauchte Phantasie, Glück und

eine gute Intuition, um interessante Inhalte zu finden. Eine Webseite, ab 1993 hatte ich selber eine, bemaß sich auch nach Qualität und Quantität der zur Verfügung gestellten Links, d.h. Verknüpfungen mit anderen Seiten. Da hat sich weniger geändert als man denken möchte. Je mehr Informationen man heute in seinem Social Media Profil zur Verfügung stellt, umso mehr Aufmerksamkeit generiert man.

Social Media, man nannte es zunächst auch Web2.0, war eine Revolution des Internets. Zum einen war das Internet jetzt technisch so leicht zu handhaben, daß wirklich jeder inzwischen das Netz nutzen kann. Heuristische Bedienung ist bei neuen Projekten unbedingt erforderlich, um erfolgreich zu sein. Was sich dem Nutzer nicht sofort und ohne Erklärung erschließt, wird ein Mißerfolg. Zum anderen hat das Netz sich auf ganz andere Lebensbereiche, z.B. den Alltagskonsum ausgebreitet. Das Internet der Dinge ist der kommende Trend. Ein Kühlschrank, der selber den Einkauf macht, ist heute noch Zukunftsmusik. Die Technologie gibt es schon. Es ist nur noch eine Frage der Zeit.

Ein wesentlicher Aspekt der neuen Internettechnologie ist es, daß man nicht mehr alles aktiv selber suchen muß. Algorithmen sorgen dafür, daß die Inhalte den Nutzer finden. Profile, Vernetzungen und eine intelligente Software machen das möglich. Die Suchmaschine stellt sich im Laufe der Zeit immer mehr auf den Nutzer ein, und weil er auch dort ein Profil hat, wird ihm viel schneller angezeigt, was ihn interessiert (was Google glaubt, daß es ihn interessiert, die Einschränkung sei hier erlaubt). Kleine Programme, die das Nutzerverhalten protokollieren, teilen anderen Sozialen Medien die Interessen des Nutzers mit. Suche ich eine neue Hose bei Amazon, blenden mir Google und Facebook in den kommenden Tagen Kleiderwerbung ein. Zauberwelt der neuen Medien!

Facebook, Twitter und Co. gehen sogar noch einen Schritt weiter. Der Algorithmus in Verbindung mit den eigenen Interessen und den Interessen der Freunde bestimmen die Timeline. Dabei wird dann auch versucht, aus den Interessen der Vergangenheit zukünftige Interessen vorherzusagen. Die Algorithmen werden immer besser. Wer sich vor fünf Jahren bei Facebook als Katholik zu erkennen gab, bekam bevorzugt Produkte für Senioren als Werbung eingeblendet. Inzwischen hat sich wohl herumgesprochen, daß es viele junge Katholiken gibt.

Ähnlich wie für Produkte funktioniert das auch bei Informationen. Wir lesen, was in der Timeline auftaucht. D.h. wir lesen, was unsere Freunde lesen, und unsere Freunde lesen, was wir lesen. Die Filterbubble, wie wir das nennen, beeinflusst unsere Interessen, wird aber auch von unseren Interessen beeinflusst. Dieses Nutzerverhalten, das die Algorithmen des Web2.0 unterstützen und zuweilen erst generieren, macht eigentlich den Aspekt der Internetzensur erst richtig brisant.

Würde der Nutzer aktiv suchen, würde er die Grenzen seiner Filterbubble regelmäßig überschreiten, dann wäre die geplante Zensur wirkungslos. Man müßte eine Seite in dem Fall nicht nur aus allen Suchmaschinen nehmen, man müßte sie sogar vom Netz nehmen. Wir können aber nicht den idealen User zugrunde legen, wir müssen den Nutzer nehmen, der vorhanden ist. Und da wird die ge-

plante Zensur von *Heiko Maas* wirken. Und zwar dramatisch. Das wird so richtig klar, wenn wir uns den Plänen der Bundesregierung einmal kurz nähern.

Zur Zensur

Man mache sich an dieser Stelle den hohen Grad der Manipulation durch diese Art Zensur bewußt. Der Großteil der Nutzer in den Sozialen Medien würde unter Umständen die Zensur gar nicht merken. Die Inhalte könnten einfach verschwinden. Auf Grund der Struktur des Web2.0 wären sie *de facto* unsichtbar, bevor sie überhaupt in den Wahrnehmungsbereich des Nutzers kommen können. Warum ist das so? Die Antwort ist einfach: Elektronische Bots killen schneller als wir lesen können. Im Zweifel würde Facebook löschen. Darüber sollte man sich keine Illusionen machen.

Es geht um das Netzwerkdurchsetzungsgesetz; der entsprechende Referentenentwurf aus dem Bundesjustizministerium wurde im Kabinett verabschiedet und ist inzwischen mit geringen Korrekturen im Eilverfahren durchs Parlament gepeitscht worden.

Kern des Gesetzes ist es, daß alle kommerziellen Sozialen Medien ab einer bestimmten Größe verpflichtet werden, rechtswidrige Inhalte kurzfristig zu löschen. Was rechtswidrig ist, muß bisher im Zweifelsfalle von einem unabhängigen Gericht entschieden werden. Grundsätzlich gilt erst einmal die Meinungsfreiheit. Ob für eine getätigte Aussage eine der gesetzlichen Einschränkungen gilt oder nicht, entscheidet nach dem neuen Gesetz eine Internetfirma, die kommerzielle Interessen hat.

Es kommt zu einer Beweislastumkehr. Nicht das Soziale Netzwerk muß beweisen, daß etwas rechtswidrig war, vielmehr müßte ein Nutzer zur Wiederherstellung eines Beitrages u.U. deren Rechtskonformität in einem Prozeß nachweisen. Welchen Sinn das bei der Schnell- und Kurzlebigkeit aktueller Nachrichten hat, die Wiederherstellung eines Postings vor Gericht zu erstreiten, mag sich jeder selbst überlegen. Die Social Media Unternehmen werden löschen, was das Zeug hält. Für nicht gelöschte rechtswidrige Postings können die Seitenbetreiber nämlich belangt werden. Zu unrecht gelöschte Inhalte bleiben rechtlich folgenlos.

Das genau ist eine große Crux an der Sache. Der Minister will die Last der Kontrolle und der Umsetzung des Gesetzes auf die Social Media-Betriebe legen. Bleiben wir bei Facebook. Es soll also Facebook entscheiden, was veröffentlicht werden darf und was nicht.

Facebook wird natürlich nicht 5000 Zensoren einstellen, die alle Accounts durchsuchen. Facebook wird 50 Programmierer damit beschäftigen, Bots zu schreiben, die alle Postings scannen und löschen, was sie für nicht rechtmäßig halten. Um es sich noch einmal klar zu machen: Künftig werden Programme aktiv darüber entscheiden, welche Inhalte auf Facebook erlaubt sind und welche nicht. Aus kommerziellen Gründen wird der Betreiber des Netzwerkes keine Risiken eingehen und alles löschen, was gefährlich erscheint. Am Ende wird jede

Timeline auf Facebook in oberflächlichem Geplänkel und politischem Mainstream ersaufen.

Kritik kommt unter anderem vom Verband der Deutschen Zeitschriftenverleger (VDZ). Dessen Hauptgeschäftsführer *Stephan Scherzer* hält den Entwurf von Justizminister *Heiko Maas* für eine „Katastrophe“: „*Es kann nicht sein, daß der Staat seine Hoheit auf Rechtsdurchsetzung ruhen läßt, um Facebook, den größten Inhalteraum der Erde, auch zum größten Zensor zu machen.*“¹

Unstrittig ist wohl, daß einem gesellschaftlichen Trend eine Rechtsnorm folgt, wenn es eine dazu notwendige politische Mehrheit gibt. Seit längerer Zeit gibt es den gesellschaftlichen Trend, bestimmte Meinungen für *de facto* rechtswidrig zu erklären. Im alltäglichen Sprachgebrauch sind die oft *-phob (Homophob, Islamophob ... etc.) Und das heißt, die Existenzberechtigung einer solchen Ansicht wird bestritten. Und kann Folgen haben.

Beispiel: Eine Briefkastentante äußert in einer Lokalzeitung Verständnis für einen Vater, der seine Kinder nicht zu homosexuellen Verpartnerung eines Verwandten mitnehmen möchte. Er befürchtet seine Kinder damit zu verwirren. In der ganzen Geschichte fällt kein Wort gegen Homosexuelle, gegen eingetragene Partnerschaften, und es gibt dem Grunde nach nichts zu beanstanden. Raten Sie mal! Die Dame löst einen Shitstorm aus und verliert ihren Job bei der Zeitung. So geht das heute. Jetzt schon. Ein Blogger, der diesen Fall unter dem Aspekt der Meinungsfreiheit untersuchte, geriet aufgrund dessen später in den Verdacht, sowas wie ein bürgerkriegslüsterner Prototerrorist zu sein. Das passierte nicht etwa in einem linken Untergrundmagazin, sondern in einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung.²

Wir lernen daraus: Die Verteidigung der Meinungsfreiheit kann einen Autor schon jetzt an den Rand der Illegalität bringen. An den Pranger einer solchen Studie gestellt zu werden, gegen die man sich zudem nicht einmal wehren kann, weil sie ja nur pseudoöffentlich ist, kann durchaus berufliche Folgen haben. Wer die Verfassung verteidigt, wird zu ihrem Feind erklärt. Man hört *Orwell* im Hintergrund kichern. Über 1984 sind wir damit längst hinaus.

Auch ohne zu spekulieren kann man absehen, wohin das führt: Eine drastische Einschränkung der Meinungsfreiheit, die in einer perfiden Weise nicht vom Staat, sondern von Social-Media-Unternehmen ausgeführt wird.

Was tun?

Der Verband der Deutschen Zeitschriftenverleger (VDZ) stellte jüngst einen 5-Punkte-Plan gegen Hate Speech vor, der anstelle des Gesetzes umgesetzt werden sollte:

1. Geltendes Recht muß umgesetzt werden, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist unnötig.
2. Bund und Länder müssen die Strafverfolgung so ausstatten und unterstützen, daß sie zügig geltendes Recht in den sozialen Netzwerken durchsetzen können.
3. Facebook muß eigene Ressourcen aufbauen und 24/7 erreichbar sein, um

geltendes Recht nach Aufforderung zeitnah umzusetzen.

4. Die Bürger müssen aufgeklärt und ermutigt werden, bei strafrechtlich relevanten Tatbeständen die Strafverfolgungsbehörden einzuschalten.

5. Es geht nicht nur darum, rechtswidrige Veröffentlichungen zu bekämpfen. Umgekehrt muß auch verhindert werden, daß Quasi-Monopolisten wie Facebook nach eigenem Gutdünken bestimmte rechtmäßige Inhalte nicht veröffentlichen. Deshalb müssen solche marktbeherrschende Plattformen allen rechtmäßigen Inhalten diskriminierungsfreien Zugang gewährleisten.³

Zuletzt hatte auch die „Global Network Initiative“ (GNI), ein internationaler Zusammenschluß von Firmen, Forschungsinstituten und zivilgesellschaftlichen Gruppen die Gesetzespläne kritisiert und vor Zensur gewarnt.⁴ Davor hatte schon ein breites Bündnis aus Wirtschaft und Aktivisten⁵ vor dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz gewarnt und eine Deklaration für die Meinungsfreiheit⁶ verabschiedet.

Der Widerstand gegen dieses Gesetz ist zwar schon vorhanden, jedoch wird die bestehende kaum in der nötigen Breite öffentlich diskutiert. Es braucht aber eine breite Debatte darüber, denn noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gab es so einen massiven Eingriff in die Meinungsfreiheit. Die Pläne zu diesem Gesetz sind nicht vom Himmel gefallen. Es ist ein von Interessen geleitetes Gesetz.

Der „Kampf gegen Rechts“, der im Grunde hinter dem Gesetz steht und eine sehr einseitige Sicht auf Rechtswidrigkeit von Meinungen hat, ist zudem noch ein lukratives Geschäft.⁷ Es ist wohl kaum zu leugnen, daß Einrichtungen wie die Amadeu-Antonio-Stiftung sich sehr schnell anbieten wird, für den Staat auch hier als Privatstasi aktiv zu werden. Bereits in der Vergangenheit stand die Stiftung immer dann bereit, wenn es darum ging, den öffentlichen Raum von nicht-linken Meinungen zu säubern. Bei der Wahl der Mittel war man dabei nicht zimperlich. Eine eigens geschaltete Seite, die inzwischen deaktiviert ist, scheute sich nicht, auch die CDU und klassische christdemokratische Positionen z.B. zu Ehe und Familie als „rechts“ zu brandmarken und Mitglieder der CDU an den Internetpranger zu stellen. Das Ganze mit Geldern, die von einer CDU-geführten Regierung bereitgestellt werden. Alle derartigen Aktionen kann man nicht isoliert betrachten. Sie stehen im engen Zusammenhang mit dem besagten Gesetz und dienen vor allem dem einen Ziel: Alle nichtlinken Weltanschauungen aus dem öffentlichen Raum zu entfernen. Das kann und darf der Staat nicht - aufgrund seiner weltanschaulichen Neutralität. Darum wird es auf Stiftungen und Internetfirmen abgewälzt. Man kann sich so etwas gar nicht ausdenken.

Das Gesetz ist inzwischen im Eilverfahren vor der Bundestagswahl durchs Parlament gepeitscht worden. Es bleibt also spannend, ob wir 68 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik eine Einschränkung der Meinungsfreiheit bekommen, von der die Regierung der vor 28 Jahren untergegangenen DDR nur träumen konnte. Für jeden Publizisten, der zur Verbreitung seiner Texte auf das Internet angewiesen ist, das ist inzwischen fast jeder, ist das von Bundesjustizminister *Maas* durchgeboxte Gesetz eine Katastrophe. Unnötig ist es zudem noch, da ohnehin nach geltender Rechtslage jeder Betreiber einer Internetseite

verpflichtet ist, rechtswidrige Inhalte nach Kenntnisnahme kurzfristig zu entfernen. Die Feststellung der Rechtswidrigkeit muß im Streitfall bei unabhängigen Gerichten bleiben und nicht von Bots erledigt werden. Der Kampf um die Meinungsfreiheit ist ein Kampf um den Erhalt bürgerlicher Freiheiten allgemein. Fällt die Meinungsfreiheit, werden andere Freiheitsrechte auch fallen.

Anmerkungen

* Der Text ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Autor am 1. Mai 2017 beim medienethischen Kolloquium des „Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg“ in Bonn gehalten hat. Weitere Referate zum Thema „Zensur gefällig?“ hielten Wolfgang Bosbach MdB und Joachim Nikolaus Steinhöfel, dessen Text in der vorigen Nummer dieser Zeitschrift erschien. Die drei Vorträge sind bei „youtube“ dokumentiert.

1) <https://netzpolitik.org/2017/zeitschriftenverleger-stellen-5-punkte-plan-gegen-hate-speech-gesetz-vor/> zuletzt abgerufen am 17.5.2017.

2) Konrad Adenauer Stiftung: Monitor Religion und Politik. Unheilige Allianzen. Radikalisierungstendenzen am rechten Rand der Kirchen. (Leider ist diese sogenannte Studie nicht öffentlich einsehbar. Sie wurde lediglich konspirativ herumgereicht. Von einer seriösen politischen Stiftung hätte man ein solches Verhalten eher nicht erwartet)

3) <http://www.vdz.de/nachricht/artikel/zeitschriftenverleger-erwarten-stabile-geschaefte-entwicklung-2017/> zuletzt abgerufen am 17.5.2017.

4) <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Warnung-vor-Zensur-Immer-mehr-Protest-gegen-Netzwerkdurchsetzungsgesetz-3690855.html>, zuletzt abgerufen am 17.5.2017.

5) <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/heiko-maas-wirtschaft-und-netzszene-protestieren-gegen-hassrede-gesetz-a-1142861.html>, zuletzt abgerufen am 17.5.2017.

6) <https://deklaration-fuer-meinungsfreiheit.de/> zuletzt abgerufen am 17.5.2017

7) Vgl.: http://www.achgut.com/artikel/der_kampf_gegen_rechts_muss_sich_lohnen_die_amadeu_antonio_bank, zuletzt abgerufen am 17.5.2017.

Peter Winnemöller ist freier Journalist und Blogger, er lebt in Geseke/Westfalen.